

Gemeinde Wiedemar
Kyhnaer Hauptstraße 29
04509 Wiedemar /OT Kyhna

BUND für Umwelt und Natur-
schutz Deutschland

Landesverband Sachsen e.V.
Ortsgruppe Delitzscher Land
Mauergasse 19a
04509 Delitzsch

Delitzsch, den 20.04.2023

Offener Brief

Betreff: „Industrievorsorgegebiet Wiedemar“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder des Rates der Gemeinde Wiedemar,

gestatten Sie uns, dass wir aus Sicht der BUND-OG Delitzscher Land zu der auf Ihrer Gemeinde-Homepage eingestellten Information vom 16.8.2022 Stellung beziehen.

Vorab: Wir verstehen uns nicht als Maschinenstürmer, Ewiggestrige und industrieferne Idealisten. Wir wissen um die Bedeutung der Industrie und des verarbeitenden Gewerbes für Ausbildungs- und Arbeitsplätze, für die Einkommen und den Wohlstand der Gesellschaft.

Gleichwohl haben Sie in o.g. Information eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen.

Wenn Unternehmen zusätzliche Flächen für ihre Entwicklung benötigen, darf die Inanspruchnahme von **Ackerland** nur erfolgen, wenn alle Alternativen vorab geprüft und verworfen werden mussten. Wir sehen im Großraum Nordwestsachsen genügend alte Industriebrachen, die ohnehin einer Nachnutzung und Revitalisierung zugeführt werden müssen. Wir sehen auch die Möglichkeit, dass Flächen auf dem völlig unterausgelasteten Flughafen Leipzig/Halle, z.B. auf dem nördlichen Flugfeld, für solche Zwecke zur Verfügung gestellt werden könnten.

In Zeiten dramatisch sinkender **Grundwasserspiegel**, Wasserknappheiten, fortschreitenden Artensterbens und Nahrungsmittelknappheiten in weiten Teilen der Welt kann die geplante Vernichtung von wertvollem Ackerland nur als ignorant und dreist bezeichnet werden. Mit der Vertretung der Interessen der jetzigen, aber vor allem der zukünftigen Generationen an einem gesunden Klima und einer Ernährungssicherheit kann diese nicht gerechtfertigt werden.

Angesichts annähernder Vollbeschäftigung und einer großen Nachfrage nach Fach(!)kräften bei allen Unternehmen in der Region, stellt sich die Frage, woher die zusätzlichen Fachkräfte für die hier ggf. anzusiedelnden Hochtechnologie-Unternehmen kommen sollen? Im schlechtesten Fall werden sie mit Abwerbepremien und höheren Bezügen aus-ortsansässigen Unternehmen abgeworben, was diese regionalen Unternehmen schwächen und schlimmstenfalls in ihrer Existenz gefährden würde.

In der Folge würden Einnahmen aus Grund- und Gewerbesteuern dieser Unternehmen sinken bzw. wegfallen. Es ist bekannt, dass es gerade internationale Großunternehmen verstehen, lokale Steuerpflichten zu umgehen. Es gibt also berechtigte Zweifel, ob das Ziel erhöhter Steuereinnahmen durch Ansiedelung überregionaler und internationaler Konzerne erreicht werden kann. Bislang haben die heimische Industrie und das lokale Gewerbe mit ihren **Grund- und Gewerbesteuern** maßgeblich dazu beigetragen, dass die vorhandenen Kitas, Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen finanziert werden konnten.

Das Negativ(!)-Beispiel INTEL in Magdeburg zeigt jetzt schon – und damit noch vor dem ersten Spatenstich, dass internationale Großkonzerne nur dann kommen, wenn ihnen die öffentliche Hand mit **Milliarden-Beträgen** vorab den roten Teppich ausrollt. Warum stehen diese Milliarden-Beträge nicht für die heimische Wirtschaft und für deren Umstellung auf erneuerbare Energien und Digitalisierung zur Verfügung? Und wären mit den Milliarden für die ortsansässige Wirtschaft nicht mehr Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen als mit ungewissen Subventionen für Großkonzerne?

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratsmitglieder,

auch in der „Ansiedelungspolitik“ muss eine Zeitenwende eintreten; bisherige Modelle müssen dringend hinterfragt und auf den Prüfstand gestellt werden. Ein weiter so wie bisher, kann es auch in diesem Bereich nicht mehr geben!

Wir fordern Sie deshalb mit aller Eindringlichkeit auf, den von Ihnen eingeschlagen Weg im Interesse der ortsansässigen Wirtschaft, der Bürgerinnen und Bürger und v.a. im Interesse der Erhaltung unserer Lebensgrundlagen nicht weiter zu verfolgen. Jetzt ist noch Zeit, die Ausgaben für ein scheitern-des Projekt zu begrenzen und nicht ausufern zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Martina Demitrieff

Peter Büscher

Vorstand des BUND Delitzscher Land